



## Pressemitteilung

der

**Werkstatt für Zukunfts-Forschung und -Gestaltung e.V.**

### **Starke Resonanz auf Veranstaltungen zum Weltfinanzsystems**

Zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gab es kürzlich (24.3.09) an der Humboldt-Universität Berlin eine Vorlesung und ein Podiumsgespräch, denen als Drittes eine Internet-Unterschriften-Sammlung zur politischen Willensbildung – nicht sofort, aber zeitnah - folgen soll. Von beiden Veranstaltungen wird „Zeitfilm“ (Hamburg) voraussichtlich Ende April eine DVD herausbringen. Das Podiumsgespräch wird von rbb-Inforadio (93,1 MHz) am 29.3. um 12.22 und 20.22 gesendet.

Etwa 150 Teilnehmer ließen sich in einer Vorlesung von Dirk Solte, Zukunftsforscher und Autor zweier Bücher zum Weltfinanzsystem, „Spielregeln der Finanzwelten und deren Auswirkungen für soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit“ erklären. Unter Einbeziehung des Publikums demonstrierte der Referent eindrucksvoll, wie durch exzessive Kreditvergabe aus jedem Euro Zentralbankgeld (dem alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel) „verbriefte Geldansprüche“ im Wert von 53 € erzeugt werden, die für die einen Vermögenswerte, für andere aber Schulden darstellen, wobei die weltweite Summe aller dieser Schulden das globale Bruttoinlandsprodukt (die realwirtschaftliche Wertschöpfung eines Jahres) um das Vierfache übersteigt. Das ist eine extrem instabile Situation, wenn die Bereitschaft, bloße *Geldansprüche* als *Vermögenswerte* zu halten sinkt, was wir eben gerade dramatisch erleben. Die Folge ist ein Run auf Zentralbankgeld und reale Sachwerte, bei dem große institutionelle Anleger die Nase vorn haben, bei denen sich Liquidität sammelt, die der realen Wirtschaft zum Funktionieren fehlt und die den deswegen drohenden Ruin wirtschaftlicher Akteure vor allem auch des Mittelstandes nutzen, um bedeutende wirtschaftliche Sachwerte „preisgünstig“ in ihre Verfügungsgewalt zu bringen. Die Gesellschaft droht auseinander zu fallen – was in einer ähnlichen Situation vor 80 Jahren zu Faschismus und verheerendem Krieg geführt hat. Die Staaten fühlen sich zu Rettungsaktionen verleitet, die sie fataler Weise durch neue Staatsschulden finanzieren – absehbar auf Kosten notwendiger Investitionen in soziale und ökologische Zukunftsprojekte (Bildung, Gesundheit, regenerative Energien, saubere Technologien). Gelingen solche Zukunftsinvestitionen nicht – und zwar in globaler Dimension - dann drohen viel schwerwiegendere Krisen als die gegenwärtige. *Jetzt* bietet sich die Chance, die nicht trennbaren Probleme *zusammen* zu lösen, wozu der Referent einen *7-Punkteplan* vorgelegt hat.

Das anschließende Berliner Zukunftsgespräch unter dem Titel „Zukunft eines stabilen Weltfinanzsystems“ füllte den 500 Personen fassenden Kinosaal der

Universität bis auf wenige Plätze. Auf die provokante Frage der rbb-Moderatorin Ute Holzhey nach Schuldigen für die Finanzkrise entspann sich eine zunächst kontrovers anmutende Diskussion, in der Dirk Solte vehement seine Meinung vertrat, dass es sich um eine systembedingte Krise handele und es demzufolge wenig sinnvoll sei, nach Schuldigen zu suchen. Er stellte die Elemente seines viel mehr als nur die Finanzkrise berührenden 7-Punkteplanes vor:

Zur Behebung der aktuell wirtschaftschädigenden Liquiditätsengpässe Vorgabe einer Maximalreserve für alle Finanzmarktakteure und Einspeisung der Überschüsse in einen Liquiditätssicherungsfonds. Eindämmung spekulativer Hebelgeschäfte durch Besteuerung globaler Transaktionen (Tobinsteuer) und vor allem durch eine neuartige Mehrwertsteuer auf alle Finanzprodukte, die für eine faire soziale Balance sorgen soll. Gewinn weiterer Finanzierungsmittel durch globale Harmonisierung der Finanz- und Besteuerungsregeln im Rahmen eines erweiterten „Bretton-Woods-II-Abkommens“. Die so zu gewinnenden öffentlichen Mittel werden in einen globalen Strukturfonds eingebracht zur Finanzierung eines „Global New Deal“ - des Übergangs zu einer konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichteten globalen sozialen ökologischen Marktwirtschaft: Weiter zu entwickelnde Umwelt- und Sozialstandards werden in der sanktionsfähigen Welthandelsorganisation (WTO) als verbindliche Verfahrensstandards verankert. Deren nationale Umsetzung wird nach dem Marshall-Plan-Prinzip aus dem Strukturfonds kofinanziert: Standards gegen finanzielle Unterstützung. Einzelne Elemente dieses umfassenden Vorschlages wurden sowohl von Prof. Max Otte (Fachhochschule Worms) als auch von Prof. Rolf Kreibich (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung) eingebracht. Zweifel gab es vor allem zur Frage, ob die WTO als Teil des bisherigen Problems ohne radikalen Personalwechsel die geeignete Instanz zur Umsetzung eines solchen Konzepts sein könne. Prof. Kreibich, der sich basisdemokratisch sehr dafür eingesetzt hat, dass der Berliner Bankenskandal gerichtlich aufgearbeitet wurde, bestand darauf, Finanzmanager zu Verantwortung zu ziehen, wenn sie gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen haben. Susan Levermann, ausgestiegene ehemalige Top-Investmentbankerin der Deutschen Bank war in der Runde der lebende Beweis für die Möglichkeit, sich aus dem krisenerzeugenden System auszuklinken. Aus dem Publikum gab es u.a. den Vorschlag, Geldschöpfung zu verstaatlichen oder – nach dem Vorbild des in der Schweiz bewährten WIR-Systems – Wirtschaftsakteuren zu überlassen, ein eigenes Kreditgewährungssystem zu schaffen, mit dem durch Banken Krisen verursachte Liquiditätsengpässe antizyklisch überbrückt werden können.

Ein kurzes Schlusswort wurde dem Vertreter der Werkstatt für Zukunfts-Forschung und Gestaltung (WZFG) e.V., Knoten Berlin-Buch im Netzwerk Zukunft e.V., Dr. Hans-Volker Pürschel, zugestanden, von dem die Anregung zu der Doppelveranstaltung und zur Kooperation aller Beteiligten stammt: neben den Genannten IZT (s.o.) mit seinem Partner rbb-Inforadio, BWA (Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft) sowie Global Marshall Plan Initiative Berlin. Pürschel dankte allen Beteiligten und der

Humboldt-Universität für die hervorragende Kooperation und betonte, dass Politiker sich in wenig beneidenswerter Lage befinden: Sie haben zwar jetzt die Chance, kluge und weitsichtige Entscheidungen zu treffen, sitzen aber bezüglich der Interessen, die sie dabei „bitteschön vertreten möchten“, zwischen sehr verschiedenen und z.T. weit auseinander stehenden Stühlen. Die willig sind, im Interesse der Allgemeinheit sich für eine sozial, ökologisch, ökonomisch und monetär nachhaltige Entwicklung einzusetzen und dabei vom Wahlvolk abhängig sind, brauchen dafür viel öffentlichen Rückenwind; die unwillig sind und lieber enger begrenzten Klientel- und Lobbyinteressen folgen möchten, brauchen öffentlichen Druck. Rückenwind wie Druck können organisiert werden: Der WZFG e.V. wird eine politische Willenserklärung, die sich an den Vorschlägen des 7-Punkteplans orientiert, auf seine Homepage [www.zukunfts-werkstatt.org](http://www.zukunfts-werkstatt.org) stellen, die jeder Befürworter dort – datentechnisch abgesichert – unterschreiben kann. Das Ergebnis der Aktion wird an politische Entscheidungsträger weitergereicht. Über hoffentlich eintreffende Reaktionen wird an gleicher Stelle berichtet.